

Politikverdrossenheit in Brasilien

Gedanken am herbstlichen Wahlabend

TEXT: MATTHIAS LEHMPHUL

Wenn ich mit meinen brasilianischen und deutschen Freunden über die Demokratie in Brasilien diskutiere, dann stehe ich meistens vor einem Problem: Wie kann man die brasilianische Politik verstehen, ohne in Relativismus zu verfallen? Bis vor kurzem hat man in der Wissenschaft noch von gesellschaftlicher Transformation hin zur Demokratie gesprochen. Gerade in Deutschland aber auch in anderen europäischen Ländern halten die Massenmedien gegenüber der brasilianischen Gesellschaft hartnäckig an altbekannten Stereotypen fest. Leider sind dann die oberflächlichen Meinungen nicht weit. Sie wirken oftmals kindisch und herablassend. Demgegenüber behaupte ich, die brasilianische Demokratie ist erwachsen und wir müssen sie dementsprechend behandeln. Zahlen und Fakten sagen nicht immer viel aus, ich meine aber, es ist wichtig, sie im Hinterkopf zu

behalten. Die Mehrheit der Brasilianer befürwortet die Demokratie. Immerhin ist Brasilien mit 126 Millionen Wählern nach den USA und Indien die drittgrößte Demokratie der Welt. Oft wird unterschlagen, dass das Wählen in Brasilien eine gesetzlich festgeschriebene Bürgerpflicht ist. Es bedarf einer komplexen Logistik, gleichzeitig den Präsidenten wie den Vizepräsidenten, 537 Abgeordnete, ein Drittel der Senatoren, 27 Gouverneure und die Parlamente der entsprechenden Bundesstaaten wählen zu lassen. Im Gegensatz zu Mexiko oder den USA, werden die Stimmen aus

dem ganzen Land elektronisch über zentrale Rechner der Wahlbehörde ausgewertet.

Knapp einen Monat vor den Wahlen stellte der Politikwissenschaftler Arthur Ituassu in der Öffentlichkeit die Frage „Hat Brasilien eine Chance?“ (zusammen hrsg. mit Rodrigo de Almeida, Rio de Janeiro: Jorge Zahar Editor, 2006, 136 Seiten, ISBN 85-7110-932-X). Anhand der Korruptionskandale im Parlament, der Gewalt in den Städten und der grassierenden

erscheint es uns, dass diese positive wirtschaftliche Entwicklung gar nicht zum wichtigsten Wahlkampfthema wurde. Marcos Uchoa, Korrespondent von Globo TV, bemerkte auf meine Frage, was gegenüber den Wahlen von 2002 anders sei: „Niemand erwartete, dass sich die Wirtschaft unter Präsident Luiz Inácio Lula da Silva so gut entwickeln würde. Den Armen wie den Reichen geht es besser als zuvor. Rekordumsätze im Export, eine kontrollierte Inflation und stabile volkswirtschaftliche

Werte sprechen für die Regierung. Brasilien musste immer exportieren, um sich am Leben zu halten. Das hat Lula verstanden.“ Er betonte, dass gerade im Ausland die politische Bedeutung der Bundesstaaten unterschätzt würde. Nicht alle Schuld könnte man dem Präsidenten in die Schuhe schieben. Da musste ich ihm in unserem Gespräch beipflichten. Schon immer war „Café

com Leite“ die Machtbalance zum Präsidenten. Dieses politische Dreieck von Gouverneuren der Bundesstaaten São Paulo, Minas Gerais und Rio de Janeiro ist politisch für Sicherheit und Ordnung wie Bildung und Soziales entscheidend mitverantwortlich. Darüber hinaus sind die Haushalte der Bundesstaaten an sich und gegenüber Brasília viel höher. Vieles liegt also in den Händen der jeweiligen Opposition.

sozialen Ungleichheit tendieren wir, seine Frage zu verneinen. Zu oft wurde vom Land der Zukunft (Stefan Zweig) geträumt, geschrieben und gesprochen. Aber wie sollte anhand dieser Argumente dann überhaupt noch Politik möglich sein? Werden wir durch diesen Berg von scheinbar unüberwindbaren Problemen nicht eher gelähmt und passiv gemacht? Erst auf den zweiten Blick konnte ich seine Frage bejahen.

Denn die gesamtwirtschaftliche Entwicklung des Landes kann sich sehen lassen. Geradezu paradox

Die außenpolitischen Erfolge täuschen jedoch



Lula feierte gelassen den Nationalfeiertag (7.9.) in Brasília ...



© Fábio Pozzebom/ABR

... es gab aber auch Proteste gegen die Korruption in seiner Regierung

über die tiefen Risse zwischen Politikern und Bevölkerung hinweg. Luiz Inácio Lula da Silva (PT) hat den Weg seines Vorgängers Fernando Henrique Cardoso (PSDB) auf Kosten seines eigenen Wahlprogramms fortgesetzt. Auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Davos 2003 beeindruckte der ehemalige Gewerkschafter die internationalen Unternehmen und schaffte notwendiges Vertrauen für ausländische Investitionen in Brasilien. Innenpolitisch geriet der Präsident jedoch zunehmend in Misskredit.

Der Wähler hegt keine Hoffnung mehr auf einen „sozialen Wandel“ hin zu „etwas Besserem“. Die Vorfreude ist verglüht und dessen kalte Asche vom Winde in alle Himmelsrichtungen verweht. Was bleibt, wenn die Hoffnung stirbt? Die Enttäuschung der Wählerinnen und Wähler ist seit Color de Mello und PC Farias ein ständiger Begleiter im Alltag. Von den unteren Schichten wurde Luiz Ignacio da Silva als einer von ihnen gefeiert. Allerdings akzeptierte die Mittelschicht die neue Linke an der Macht erst mit dem Unternehmer José Alencar als Vizepräsidenten. Nun ist die Ernüchterung unter seinen Befürwortern groß. Auch Raul J. Lores, ein Redakteur der Folha de São Paulo sieht darin den größten Unterschied zu den Wahlen des Jahres 2002. In einem Interview verriet er mir seine Meinung: „Lula

war der letzte große Stern am Firmament, der noch nicht das Präsidentenamt innehatte, genauso wenig wie die Partido dos Trabalhadores (PT) dort regierte. Damals gab es die Vorstellung, sie seien anders. Heute gibt es diese nicht mehr. Die PT ist keine Alternative, die sich für einen sozialen Wandel einsetzt. Es ist niemand übrig geblieben. Die Gesellschaft ist in eine üble Apathie verfallen. Niemand kann sich für die Wahlen mehr begeistern. Die Öffentlichkeit nimmt nur in sehr geringem Maße an den politischen Debatten teil. Das ist sehr traurig. Lula hat seinen Traum mit einem mittelmäßigen Kabinett und den Korruptionsvorwürfen endgültig begraben.“

Es ist Zeit für umfassende institutionelle Reformen, um die staatliche Verwaltung schlanker und die Verteilung der Steuern transparenter zu machen sowie die politische Kraft im Kongress innerhalb weniger Parteien zu bündeln. Dem Wähler muss der Sinn und die Bedeutung für Politik vermittelt werden. Er muss deshalb die Prozesse verstehen und an ihnen teilhaben können. Ein grundlegendes Vertrauen ist notwendig, aber die öffentliche Kontrolle ist besser: „Ich denke, es wäre ungerecht, ja gerade zu blauäugig zu behaupten, die Gesellschaft ließe sich nur von Brasilia aus verändern, egal wer dort regierte. Nein, wir leben in einem föderalen System, wo sich gesellschaftlicher Wandel auf kommunaler und bundesstaatlicher Ebene durchsetzen lässt. Gute Bürgermeister und Gouverneure machen einen wesentlichen Unterschied. Wenn der Brasilianer dies erkennt und sich an der Politik mehr beteiligt, dann werden die Schritte in die richtige Richtung größer und schneller. So lange dies nicht passiert, bleiben wir mit unserer pathetischen Doppelmoral am Stammtisch kleben“, bringt Marcos Uchoa unseren Gedankenaustausch auf den Punkt.

Ohne genügend staatliche und private Investitionen in die Bildung sowie in die Kultur werden diese weisen Worte leider die traurige Realität

bleiben. Danilo Santos de Miranda, der Leiter vom Serviço Social do Comércio de São Paulo (SESCSP) bestätigt uns diesen Punkt: „Wir sind ein Land, dass in allen Bereichen wenig öffentliche Mittel hat. Für die Bildung und die Kultur ist es jedoch am schlimmsten. Ich denke, dieser Zustand muss sich ändern. Die brasilianische Gesellschaft kann sich sozial wie wirtschaftlich nur entwickeln, wenn sie ihre Bildung und Kultur unterstützt und fördert. Leider verfügen wir über herzlich wenig finanzielle Mittel, in diese gesellschaftlichen Bereiche zu investieren. Wir wissen, dass dies innerhalb unserer Gesellschaft das größte Problem ist. In diesem Zusammenhang muss erwähnt werden, dass wir konkret mit der Frage sozialer Gerechtigkeit konfrontiert sind. In Brasilien ist der Zugang zu Bildung und Kultur auf die höheren Schichten beschränkt. Deshalb müssen wir den Zugang zu Bildung und Kultur innerhalb der Gesellschaft erleichtern.“

Was bleibt nach den Wahlen in Brasilien? Zwei Punkte fallen mir auf. Zum einen der einfache Gedanke, dass Wahlen immer auch nur Ausschnitte aus dem politischen Leben einer Gesellschaft sind. Die kleinen Dinge im Alltag eines jeden Bürgers sind viel entscheidender. Die Brasilianer können diese Erkenntnis nur aus sich selbst heraus gewinnen und umsetzen. Die Deutschen sollten die Brasilianer in ihren Bemühungen politisch wie wirtschaftlich unterstützen, die notwendigen Bedingungen für ein sozial gerechteres Gemeinschaftsleben zu gewährleisten. Die andere Beobachtung betrifft mich um so mehr. Ich denke, es bedarf einer Revision des Brasilienbildes in Europa im allgemeinen und in Deutschland im besonderen. Brasilien ist eine bedeutende Demokratie, die eigene Lösungen sucht, um mit ihren ambivalenten Gegensätzen der Vergangenheit und in der Gegenwart fertig zu werden. Ein Neues Denken würde die strategische Partnerschaft ausbauen und die bilateralen Beziehungen verfestigen. ■

